Datum:	29. Juni 2017
Medium:	www.kleinezeitung.at
Thema:	Pflege-Regress mit breiter Parlamentsmehrheit abgeschafft

Pflege-Regress mit breiter Parlamentsmehrheit abgeschafft

Der Pflege-Regress wird abgeschafft. Alle Fraktionen außer den NEOS stimmten Donnerstagnachmittag einer entsprechenden Gesetzesvorlage im Nationalrat zu. Den Ländern werden die entfallenen Mittel mit mindestens 100 Millionen Euro jährlich kompensiert. Gleichzeitig beschlossen wurde die Einführung eines Fotos auf der E-Card.

18.32 Uhr, 29. Juni 2017

© APA

Beim Regress geht es im wesentlichen darum, dass bei Pflege in Heimen derzeit nicht nur auf Pension und Pflegegeld zurückgegriffen wird, sondern auch auf Privatbesitz wie Wohnungen oder Häuser. Die jeweiligen Regelungen wurden in den Ländern festgelegt. Dies wurde nun mittels Verfassungsgesetz geändert. Demnach wird den Ländern der Regress untersagt, dafür werden ihnen die Mehrkosten abgegolten. Die ÖVP, die auf

eine solide Gegenfinanzierung gedrängt hatte, sieht diese nun durch zwei weitere Vorhaben gegeben.

Dabei geht es einerseits darum, dass Pflege- und Wohnheime künftig Arzneimittel zentral einkaufen können werden, was Kosten sparen soll. Andererseits wird auf der E-Card im Sinne der Betrugsbekämpfung ein Foto angebracht. Was den Arnzeimittel-Kauf angeht, ist freilich noch kein Beschluss erfolgt. Hier sollen bis Jahresende entsprechende Regeln ausgearbeitet werden.

Dass diese Maßnahmen die Kosten kompensieren können, bezweifelten vor allem die NEOS. Sie verlangten (ebenso wie die Grünen) eine generelle Pflegereform und verweigerten der Vorlage die Zustimmung, auch wenn sie den Regress in der gegenwärtigen Form ablehnen.

Euphorisch war dagegen die FPÖ. Ihre Abgeordnete Dagmar Belakowitsch-Jenewein erinnerte daran, dass die Freiheitlichen seit über zehn Jahren ein Foto auf der E-Card forderten. Auch beim Pflege-Regress sei man jahrelang bei der Abschaffung drangeblieben. Ebenso erfreut über den Fall des Regresses zeigten sich Grüne und Team Stronach.

Sozialminister Alois Stöger (SPÖ) verwies darauf, dass die Abschaffung auf den "Plan A" von Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) zurückgehe. Damit werde die 100-prozentige Erbschaftssteuer in diesem Bereich der Vergangenheit angehören.

ÖVP-Sozialsprecher August Wöginger zeigte sich gegenüber der APA davon angetan, dass eine schnelle und unbürokratische Regelung zur Abschaffung des Pflegeregresses gefunden worden sei. Gleichzeitig sei es auch gelungen, Maßnahmen zur Gegenfinanzierung zu fixieren. SPÖ-Klubchef Andreas Schieder freute sich über einen guten Tag insbesondere für jene 40.000 Familien, die einen Pflegefall in der Familie hätten und zusätzlich zu diesem ohnehin schweren Schicksalsschlag von Enteignung durch den Pflegeregress betroffen seien.

Die 100 Millionen für die Länder zusätzlich sind übrigens nicht absolut zu sehen. Sollten die finanziellen Auswirkungen größer sein, würden zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt.

Euphorisch reagierten die Seniorenorganisationen auf die Abschaffung des Pflegeregresses. "Österreich ist Pflegeregress-frei", jubelte der Präsident des SPÖ-Pensionistenverbands, Karl Blecha. "Höchst erfreut" zeigte sich die Präsidentin des ÖVP-Seniorenbundes, Ingrid Korosec, über den

"richtungsweisenden Beschluss, der voll im Sinne aller Betroffenen" sei. Die verpflichtende Einführung eines Fotos auf der E-Card ist für Korosec "ein wichtiges Werkzeug im Kampf gegen Sozialmissbrauch".